Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Rußdorf und Hirschfeld

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang.

Nr. 241. | Hauptinseratenorgan im Amtsgerichtsbezirk. | Freitag, den 17. Oktober | Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk. | 1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Festtags, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljährl. 3,60 Mk., durch die Post bezogen 4,50 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Straße 3b, alle Poststationen, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 25, für auswärtige Besteller mit 30 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 60 Pfg. — Im amtl. Teile kostet die zweispaltige Zeile 75 Pfg., für Auswärtige 90 Pfg. Fernspr.-Anschluß Nr. 7. Tel.-Adr. Tageblatt.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Aus Innsbruck wird gemeldet: Die Sozialdemokraten haben Kundgebungen zugunsten Deutschlands veranstaltet. Sie rufen zu einem Anschluß an Deutschland auf. Stadtrat Abram teilt mit, der Nationalversammlung einen Dringlichkeitsantrag auf Anschluß an Deutschland einzureichen.

* Wie die „Times" melden, ist die offizielle Bekanntgabe des Friedenszustandes bis zur Erledigung der Baltikumangelegenheit seitens Deutschlands zurückgestellt worden.

* Wie aus Paris gemeldet wird, ist über Pest der verschärfte Belagerungszustand und das Standrecht verhängt worden. In der Stadt herrscht volle Anarchie. Die Streikenden ziehen zu Tausenden durch die Straßen. Bis jetzt wurden fünf Tote und 60 Verwundete gemeldet. Die öffentlichen Gebäude wurden besetzt.

* In einer Konferenz der Preisprüfungsstellen wurde beschlossen, nur noch solche Waren aus dem besetzten Gebiet einzuführen, deren Ankauf vor dem 11. Oktober abgeschlossen worden ist. Nach dem 25. Oktober werden nicht vor dem 11. Oktober abgeschlossene Sendungen beschlagnahmt.

* Die revolutionäre Gärung in der Slowakei u. Südungarn hat sich derart verschärft, daß sich die Prager Regierung veranlaßt sieht, revolutionäre Führer zu verhaften und die Militärdiktatur zu proklamieren.

* In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Gesetzentwurf, betreffend den deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit, in allen drei Lesungen ohne weitere Aussprache erledigt und angenommen. Es folgte Fortsetzung der Haushaltsberatung, Haushalt des Reichspräsidenten. Auch dieser wurde erledigt. Hierauf weitere Aussprache über die Postverwaltung.

* Der deutsch-polnische Vertrag vom 1. d. M. wird in den nächsten Tagen ratifiziert werden.

* Die nordischen Staaten werden jedenfalls der Aufforderung der Entente zur Beteiligung an der Blockade gegen Sowjet-Rußland nachkommen.

* Wilhelm von Siemens, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens- und Halske-Aktiengesellschaft und der Siemens-Schuckertwerke, ist gestern abend in der Schweiz gestorben.

* Der seewärts gerichtete Schiffsverkehr durch den Nordostseekanal ruht seit der Ententeblockade über die Ostsee fast vollständig.

* Oberschlesien befindet sich augenblicklich in einem völligen Streikwirrwarr, und erst im Laufe des heutigen Tages wird sich ein klarer Ueberblick über die Lage gewinnen lassen. Auf Einladung des Arbeitsministeriums finden heute vormittag Verhandlungen statt, zu denen beide Parteien erscheinen werden.

* Im ersten Unterausschuß des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung wird am nächsten Montag Kautsky über die bezugnehmenden Akten und über die zu vernehmenden Personen sich verbreiten.

Schiebertum im Westen.

Großes Aufsehen macht die von dem demokratischen Abgeordneten Hansen der Oeffentlichkeit unterbreitete Mitteilung über den Umfang der Schiebertätigkeit der Eisenbahnbeamten auf Grund der Einsichtnahme des von der Eisenbahndirektion Elberfeld eingesetzten Untersuchungsausschusses. Danach hat sich der Eisenbahndirektion Elberfeld ein vollständiges System im Verschieben von ganzen Wagenladungen unter falscher Deklaration herausgebildet, wobei es sich um Beträge von Milliarden handelt.

Die durch den Krieg und dessen Folgen eingetretene Demoralisation unseres ganzen Volkes hat bis jetzt die früher von uns mit Entrüstung gekennzeichneten „russischen Zustände" weit übertroffen und so in der Hauptsache mit zu dem ungeheuren Tiefstand unseres ganzen Wirtschaftslebens beigetragen. Diese Demoralisation hat auch vor unserem Beamtentum, auf das wir früher mit berechtigtem Stolze blicken konnten, nicht haltgemacht, ja, sie ist inzwischen soweit eingerissen, daß das Volk sich bei uns über nichts mehr wundert und diese Tatsache fast als etwas Natürliches hinnimmt. Da kommt nunmehr aus dem Westen eine Kunde, die so ungeheuerlich ist, den kolossalen Tiefstand, auf dem wir uns befinden, so blitzartig grell beleuchtet, daß es unmöglich erscheint, den Gedanken an eine Wirklichkeit dieser Kunde auch nur zu erwägen. Das Erfreuliche — wenn dieser Ausdruck hierbei überhaupt angewendet werden kann — ist nur das eine, daß die Aufklärung und Aufdeckung der Leute von der Beamtenschaft selbst kommt, die somit den Beweis liefert, daß es ihr heiligstes Bestreben ist, sich selbst von allen schlimmen Auswüchsen wieder zu befreien und ihren Schild wieder zu reinigen.

Da die Schiebungen im Westen und in den besetzten Gebieten einen immer größeren Umfang annahmen, stand außer Frage, daß dies nur unter Duldung oder Mitwirkung der Beamten, vor allem der Eisenbahnbeamten, geschehen konnte. Dies festzustellen und seinen Stand evtl. von unlauteren Elementen zu reinigen, war der Zweck des von den Beamten- und Arbeitergewerkschaften des Eisenbahndirektionsbezirks Elberfeld mit Zustimmung dieser Direktion eingesetzten Untersuchungsausschusses, dessen Arbeiten nunmehr zu einem vorläufigen Abschluß gelangten, und dessen vorläufiges Ergebnis den Wunsch zeitigen muß, daß seine Angaben keine Tatsachen werden möchten.

Bei den Reisen der Ausschußmitglieder fiel ihnen die schwere Belastung der Packwagen und Abteile vor allem der nach dem Osten fahrenden D-Züge mit allerhand Kisten, Kästen und Säcken auf, die auf Grund der Bestimmungen der E. V. O. nicht als Handgepäck gelten und demzufolge auch nicht in dieser Weise hätten Beförderung finden dürfen. In ihnen befanden sich Waren von Schiebern, die nur unter Umgehung der sonst vorgeschriebenen Aufgabebestimmungen in die Züge gelangt sein können. Durch diese Schieberware mußte der Eisenbahnverwaltung infolge der hinterzogenen Frachten u. bei den überaus großen Mengen derartiger Kollis ein sehr großer Schaden entstehen. Nach der Behauptung des Ausschusses war dies nur möglich durch Bestechung von Packwagenbediensteten, Gepäckträgern und Arbeitern. Im Durchschnitt sollen pro Paket bis 100 Mark aufgewendet worden sein. In viel schlimmerem Maße soll dies jedoch noch im Wagenladungsverkehr vorgekommen sein. Hier war es — nach den Angaben des Ausschusses — an der Tagesordnung, daß Wagen unter Bezahlen von Schmier- und Bestechungsgeldern usw. verschoben wurden. Die Beobachtungen ließen auf ein weitverzweigtes systematisches und wohldurchdachtes Arbeiten der Beteiligten schließen. Der Wert der verschobenen Waren geht hier in Milliarden. So sollen z. B. auf dem Bahnhofe Düsseldorf-Reisholz bei einer durchschnittlichen täglichen Verbuchung von 25 Wagenladungen nur fünf Wagen in den Büchern geführt sein, die übrigen 20 Wagen sind nicht aufzufinden. Ohnedies sind mindestens 70 Prozent der tatsächlich geführten Wagen mit Deckadressen oder fingierten Namen eingetragen. Die Wagen dürften gegen Bezahlung von Schmiergeldern durchgeschoben worden sein. Der Wert dieser Wagen soll sich monatlich auf mindestens 60 Millionen Mark stellen. Aehnlich sollen die Verhältnisse auf andern Bahnhöfen der Bezirke Elberfeld und Köln liegen, wobei angegeben sind die Wagen, die im durchgehenden Verkehr verschoben werden und über die dem Ausschuß eine genaue Ermittelung nicht möglich war. Nach den Aussagen des Personals muß jedoch das gesamte Objekt allein in Düsseldorf-Reisholz den Betrag einer vollen Milliarde übersteigen.

Daß dies nur möglich sein kann unter Aufwendung bedeutender Schmiergelder, ist natürlich. Diese stehen dann auch im Verhältnis zu dem Werte der Objekte. Durch die Kriminalpolizei ist festgestellt worden, daß für einen einzigen Wagen von Köln nach Hamburg im Werte von etwa 140 000 Mark allein über 120 000 Mark Schiebergelder bezahlt wurden. In der gegen eine Oberzugleitung geführten Untersuchung behauptet der Ausschuß festgestellt zu haben, daß zur Mithilfe am Schieberhandwerk an beteiligte Lokomotivführer 4000 bis 7000 Mark, ja sogar an Eisenbahnassistenten 20 000 Mark als Belohnung verteilt worden sind. Hierbei seien sogar einzelne Lokomotivfahrten in großer Zahl unternommen worden und dies alles in einer Zeit des stärksten Kohlen- und Maschinenmangels.

Dieses Treiben ist umso schärfer zu verurteilen, weil die so in das Land hineingebrachten Waren nur gemeingefährlichen Schiebern und damit dem Ketten- und Schleichhandel in die Hände gespielt worden sind und diese aufgewendeten Gelder naturgemäß in Form hoher Lebensmittelpreise wieder von dem ausgesogenen Volke aufgebracht werden müssen. Welcher Wucher zum Schaden der Bevölkerung hier getrieben worden ist, beweist, daß in einem Falle rund 96 000 Mark an einem Wagen Kaffee verdient worden sind. Auch das ständige Defizit der Eisenbahnverwaltung dürfte hier zu einem großen Teil seine Aufklärung finden.

Das Eisenbahnministerium ist entschlossen, restlose Aufklärung in die Angelegenheit zu bringen. Infolgedessen ist bereits eine gemischte Kommission der verschiedenen Ministerien abgereist, um an Ort und Stelle eine genaue Untersuchung vorzunehmen. Hier hilft keine Vogel-Strauß-Politik, die Eiterbeule am Volkskörper muß vollständig aufgeschnitten und ausgeheilt werden, das gesamte Schiebertum ist tatkräftig zu bekämpfen und auch die Beamten- und Arbeiterschaft selbst hat das lebhafteste Interesse, ihren Stand von derartigen unlauteren Elementen ohne Ansehen der Person zu reinigen. Die Regierung ist sich einig in der tatkräftigen Bekämpfung dieses Krebsschadens, der Ausschuß selbst aber hat sich bei der Richtigkeit seiner Angaben ein großes Verdienst um das ganze Volk erworben.

Ein vereiteltes Schiebergeschäft.

Zu dem obigen Artikel wird das Schiebertum im Westen beleuchtet. Daß es sich aber auch in unserer engeren Heimat breit macht, und daß sich zu seiner Bekämpfung alle recht und billig denkenden Menschen zusammenschließen müssen, dafür folgendes Beispiel:

Der Bezirksarbeiterrat Zwickau schreibt: Um den Wucher mit freigewordenem Heeresgut zu verhindern, hatte die Reichsstelle für Schuhverteilung in Notstandszwecken angeordnet, daß nur von Kommunalverbänden, Gemeinden und sonstigen gemeinnützigen Körperschaften Schuhwaren, Wäsche und dergl. zum Ankauf und zur Verteilung gebracht werden dürfen. Trotz dieser Anordnung wurden am 12. Oktober einem gewissen Herrn Apel-Niederhaßlau, früher Leinweber, 9000 Paar Schuhe im Werte von 207 000 Mark zum Weiterverkauf geliefert und in dessen leerstehenden Fabrikräumen untergebracht. Der Bezirksarbeiterrat, dem hiervon Anzeige erstattet wurde, stellte fest, daß hierbei eine große Schiebung durch einen Kaufmann Erich Freudenberg-Meißen, im Gange war. Dem Herrn Freudenberg waren 48 000 Paar Schuhe und Stiefel von der Reichsstelle für Schuhbedarf käuflich überlassen worden zu einem Preise von 15—21 Mark pro Paar. Der Freu-